

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 21

**Artikel:** Sowjetischer Konstitutionalismus - Gipfel der Willkür : blutige Bilanz der Nichtrechtsstaatlichkeit  
**Autor:** Tarsis-Dormann, Hanni  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092794>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Blutige Bilanz der Nichtrechtsstaatlichkeit

# Sowjetischer Konstitutionalismus — Gipfel der Willkür

Die eigentliche Ursache der tragischen Ereignisse vom 3. und 4. Oktober in Moskau, die sich als Bilanz der akuten Machtkrise ergeben haben, liegt bedeutend tiefer als das Problem der Konfrontation von Präsident und Parlament oder das Problem der offenkundigen Verletzung einiger Verfassungsnormen durch Präsident Jelzin, und sie liegt auch nicht in der Auseinandersetzung zwischen «Demokraten» und «Kommunofaschisten».

Festzuhalten ist auch, dass das Geschehen, so katastrophal und unerwartet es war – so verrückt sich die Extremisten auch verhielten –, dass all dies völlig logisch und **notwendig** aus der gesamten vorherigen Geschichte des Staates Russland folgte, und zwar kurzfristig betrachtet ebenso wie in ihrem globalen Aspekt.

## Parlament ohne Legitimation

Erstens: Die legislativen Akte, die in Russland gültig waren und sind – angefangen bei der Verfassung –, waren wie die gesamte Gesetzgebung der ehemaligen UdSSR total anderer Art als jedes System legislativer Akte in einem beliebigen anderen Land. Die «sowjeti-

*Der Autor dieses Beitrags, Dr. Dmitrij Jurjew, ist Leiter des informationsanalytischen Dienstes der einflussreichen Moskauer Zeitung «Segodnja» («Heute»). Er ist einer der Experten und Mitgründer des bekannten Forschungszentrums «RF-Politika» und wirkt im politischen Leben Russlands mit. In jüngster Zeit hat sich Jurjew verantwortlich an den Besprechungen und Vorbereitungen beteiligt, die auf die Gründung einer «Vereinigung für Information und Bildung, Forschung, Periodika und Buchverlag zwecks Demokratieförderung», einer Art «Demokratiezentrum», abzielen – als Ausweitung des Teams der «Grashdanskaja Mysl» und als Fortsetzung von deren Tätigkeit im grösseren Rahmen. «zeitbild» orientiert Sie darüber, sobald die Vereinigung «steht».*

schen Gesetze» wurden nämlich ebenso wie alle Machtorgane des sowjetischen Staates als organisatorisches und ideologisches Schutzmäntelchen kreiert, um das ungesetzliche, aufgrund einer unveröffentlichten Sammlung geheimer Weisungen agierende und der Volkskontrolle grundsätzlich entzogene kommunistische *Nomenklaturasystem* zu verdecken.

Dieses System vereinigte in sich Züge des staatlichen Mechanismus mit den typischen Zügen einer organisierten Verbrecherguppe (Mafia), wodurch die

**Die «sowjetischen Gesetze» wurden als organisatorisches und ideologisches Schutzmäntelchen kreiert, um das ungesetzliche kommunistische Nomenklaturasystem zu verdecken.**

ganze staatliche Gewalt zu einem System verkam, das der kriminellen und gewalttätigen Beschaffung von Einkünften und weiteren Privilegien durch die ungesetzliche Unterdrückung einer aller realen Rechte beraubten Bevölkerung diente. Dazu wurde die Gesetzgebung, die die Aktivität der Systemfassade – der staatlichen Organe – zu regeln hatte, von der unkontrollierten Führung der Kommunistischen Partei geschaffen und sanktioniert; sie war nie für die direkte Anwendung als wirksamen Mechanismus der legislativen Regulierung der Abläufe in einem Rechtsstaat gedacht.

Das Sowjet-, das heisst das Rätssystem führte die KP unter unzweifelhafter Missachtung des Volkswillens ein, welcher 1917 in geheimer Abstimmung die Verfassunggebende Versammlung gewählt hatte; und diese Sowjets hiessen auf unmittlere Weise der KPdSU ohne jeden Bezug zur Volksmeinung sogenannte Gesetze gut. Im Gegensatz dazu gründet die Machtordnung des Präsidenten auf mehreren Akten höchster Legitimität.

## Demokratische Rückendeckung Jelzins

Der Beschluss über die Einführung des Präsidentenamtes wurde mit dem ganz Russland erfassenden Referendum vom 17. März 1991 gefasst (für den Vorschlag stimmten über 50 % aller Stimmberechtigten); Boris Jelzin seinerseits wurde in allgemeiner, freier, alternativer und geheimer Abstimmung am 12. Juni 1991 zum Präsidenten gewählt (mit rund 60 % der abgegebenen Stimmen), und beim Referendum vom 25. April 1993 gaben erneut rund 60 % der Stimmenden ihre Unterstützung Präsident Jelzin. Die Mehrheit der Stimmenden hiess auch die sozioökonomische Reformpolitik des Präsidenten und der Regierung Russlands gut. Für vorgezogene Wahlen der Abgeordneten stimmten über zwei Drittel der Referendumsteilnehmer, obschon das überzeugende Ergebnis gemäss Spruch des Verfassungsgerichts, das der Kongress der Deputierten nach den Vorstellungen Ruslan Chasbulatows gebildet hatte, dann für ungültig erklärt wurde.



Ruzkoi spricht zu seinen Anhängern im Schutz einer kugelsicheren Aktenmappe (Foto: Keystone).

Fortsetzung Seite 6

Darum stellen die Beschlüsse und Handlungen des Präsidenten Russlands seit dem 21. September 1993, als er das Dekret über die Auflösung des Kongresses unterschrieb, faktisch die direkte Ausführung des Volkswillens dar. Das ganze Hin und Her vom 25. April bis zum 21. September, die Schwäche und Inkonsequenz im Ausführen des Reformkurses waren ein einziges inakzeptables, gesetzwidriges Abweichen von der Erfüllung des Volkswillens.

Weil nicht der Volkswille verwirklicht wurde, kam die Reform nicht voran und verschlechterte sich die Lage der Bevölkerung weiter, während die prokommunistischen Kräfte, die sich unter dem Deckmantel des ehemaligen Obersten Sowjets gruppiert hatten, genügend Zeit gewannen, um sich auf ein bewaffnetes Vorgehen gegen das Volk und den demokratisch gewählten Präsidenten vorzubereiten. Darum ist die Schuld des Präsidenten, der Regierung, der demokratischen Kräfte am Geschehen unbestreitbar, ungeachtet dessen, dass ihnen letzten Endes kein anderer Ausweg blieb, als zwecks Ausführung des Volkswillens entschiedene Schritte zu unternehmen, um die Bevölkerung vor der Revanche der kommunistischen Nomenklatura zu schützen.

## Logische Folge der sowjetischen Geschichte

Zweitens: Dass sämtliche Beschlüsse und Taten des «Organs der legislativen Gewalt», wie der ehemalige Oberste Sowjet sich gerne nannte, auf direkte Missachtung und Unterdrückung des Volkswillens ausgerichtet waren, ja auf die Vorbereitung einer blutigen Meuterei gegen die keimende Demokratie, ist ganz und gar kein Zufall, sondern Ausdruck dessen, was das Sowjetsystem — als historische Ausprägung der KPdSU — im Kern eben ist. Genau genommen ging es den Sowjets in den letzten Jahren nicht allein um den Machtkampf gegen den Präsidenten oder die Regierung; *in erster Linie verfolgte der Kampf das Ziel, die Wähler beziehungsweise das Volk von der Macht fernzuhalten*, damit die sowjetische Nomenklatura die Macht wieder vollumfänglich usurpieren kann. Es ging darum, den Staatsbürgern Russlands faktisch ihr Stimmrecht zu nehmen.

Damit stellte die Tätigkeit des Kongresses, des Obersten Sowjets sowie der Sowjets der Regionen und Republiken im Rahmen der Russischen Föderation eine besonders gefährliche Form des organisierten Verbrechens dar, die im Russland des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts unabwendbar die Funktionsprinzipien des terroristischen Stalinregimes wiederzubeleben drohte. Das blutige, blindwütige Finale der Aktivitäten der

«legislativen Gewalt» ist kein Zufall und kein Paradox, sondern das gesetzmässige Ergebnis von allem, was diese unikale antidemokratische, mafios-ideologische bürokratische Macht leistete. Von Anfang an war es eher ein polizeiliches als ein politisches Problem, ihre Tätigkeit entschlossen zu unterbinden.

Dass nach dem Zerfall der UdSSR die grundlegenden Elemente des früheren totalitären Nomenklatursystems faktisch beibehalten wurden — wobei dieses System hinter der Fassade demokratischer Veränderungen seine Revanche vorbereitete und im Land ein sogar nach den Massstäben unserer Geschichte unvergleichliches Terrorregime errichten wollte —, hat zur äusserst akuten Machtkrise geführt, die beinahe zur Krise des Prinzips der Volksmacht, der Demokratie, geworden wäre. Die Bevölkerung Russlands, die eine phantastische Fähigkeit an den Tag legt, auch unpopuläre und folgenschwere Reformmassnahmen als notwendig zu begreifen, hatte an ihrer Möglichkeit und Fähigkeit, jemals auf das Geschehen im Land Einfluss zu nehmen, bereits enttäuscht zu zweifeln begonnen. Vielleicht im allerletzten Moment haben Präsident Jelzin und die

**Das Los Russlands, das Los der Demokratie in Russland, ist noch nicht gesichert; die Bedrohung könnte in nächster Zeit noch um ein Vielfaches anwachsen.**

Den Aufständischen war jedes Mittel recht, um Jelzin zu stürzen (Foto: Keystone).



Regierung Russlands den Lauf der Ereignisse aufzuhalten und dem «schleichenden Staatsstreich» ein Ende zu setzen vermocht, den der Oberste Sowjet eingeleitet und geradezu zum Versuch eines militärischen Umsturzes ausgeweitet hatte.

## Reformen vorantreiben

Heute befindet sich Russland, wie schon vor einem Jahr, erneut im allerersten Abschnitt der Übergangsperiode, in der die elementaren Demokratiegrundlagen zu legen sind. Das Land hat einen sehr schweren, langen Weg vor sich, den es nicht zurücklegen kann, wenn der Präsident und die Regierung nicht den Volkswillen umsetzen und entschiedene, harte Massnahmen treffen, welche

- die Bodenfrage ohne Aufschub im Interesse des Volkes lösen
- die Behörden auf allen Ebenen «entnomenklaturisieren» und
- die ehrlichen privaten Unternehmer stärken, welche Güter und Dienstleistungen erbringen

Das Los Russlands, das Los der Demokratie in Russland, ist noch nicht gesichert; die Bedrohung Russlands und der ganzen Welt seitens antihumaner Kräfte und Tendenzen könnte in nächster Zeit noch um ein Vielfaches anwachsen. Aber vorderhand ist das Schlimmste, das durchaus hätte geschehen können, abgewendet. Um den Preis von Hunderten von Opfern, um den Preis vergossenen Blutes hat sich Russland am äussersten Rand des Abgrundes halten können, in dem es als Subjekt der Menschheitsgeschichte unterzugehen drohte, was zugleich die ganze Völkerfamilie mit in Gefahr gebracht hätte.

(Übersetzung: Hanni Tarsis Dormann)

*Für die nächste Ausgabe von «zeitbild» ist der Abdruck von Gesprächen vorgesehen, die unser Leiter Georg Dobrovolny Mitte September in Russland mit Vertretern der demokratischen Kreise geführt hat, unter anderem mit Exponenten der Unabhängigen staatsbürgerlichen Initiative und mit radikaldemokratischen Volksvertretern.*